№ 85
A 36
Morgen-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 20. Februar 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

150 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für Februar 2800 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post. Unter Streifband 4500 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 400 Mark die mm-Zeile, Familienanzeigen 110 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsl.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Lloyd George gegen die Ruhrbesetzung.

Der Antrag der Liberalen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

o **London**, 19. Februar.

Im Unterhaus hat heute eine lebhafte Debatte über den von der liberalen Partei eingebrachten Antrag stattgefunden, die Frage der Ruhrbesetzung dem Völkerbund vorzulegen. Der Liberale H. A. L. Fisher erklärte, daß zwar auf englischer Seite große Sympathien für das französische Volk im allgemeinen zu verzeichnen seien, daß er aber hoffe, daß die englische öffentliche Meinung sich nicht von einigen Zeitungen irreführen lasse, die den Anschein erweckten, als ob ganz England die Ruhrbesetzung billige. Er selber wünsche, daß ein völliges Einvernehmen mit Frankreich aufrechterhalten bleibe, und er bedauere es außerordentlich, daß diese Kameradschaft durch die Expedition in das Ruhrgebiet einen harten Stoß erlitten habe. Das Ende dieser Kameradschaft, erklärte er, wäre tatsächlich furchtbar.

Nach ihm sprach das Unterhausmitglied Lambert. Er stellte dem Premierminister die Frage, ob auf den Vorschlag einer Herabsetzung der Reparationsschuld und einer Verquickung mit der ganzen interalliierten Schuldenfrage bereits eine Antwort von Deutschland erteilt worden sei.

Der Schatzkanzler Baldwin gab die Antwort, daß keinerlei derartige Vorschläge der deutschen Regierung gemacht worden seien.

Immerhin, fuhr darauf Lambert fort, hat Deutschland anfänglich erklärt, eine vernünftige Summe für die Reparationen zahlen zu wollen.

Oberst Wedgewood Benn stellte darauf die Frage, ob es richtig sei, daß die deutsche Regierung anfänglich bedeutend mehr angeboten habe, als man heute von Deutschland verlange.

Baldwin erwiderte darauf, er glaube, daß das für 1921 stimme.

Lord Robert Cecil erklärte, daß die Freundschaft Englands Frankreich gegenüber das einzige Ziel der englischen Politik sein müßte.

Darauf ergriff Lloyd George das Wort. Er erklärte, daß er von der gegenwärtigen Haltung des Vorredners im äußersten Maße überrascht sei; denn noch vor zwei Jahren sei Cecil Anhänger des Vorschlags gewesen, die Frage der Reparationen dem Völkerbund zu übertragen. Zu der Zeit, wo er, Lloyd George, dem Kabinett vorstand, habe er genau dieselben Ansichten vertreten wie heute Lord Robert Cecil. Er habe häufig zugunsten der Freundschaft mit Frankreich gesprochen und wie das Prinzip aufgegeben, daß die englische und die französische Demokratie Hand in Hand und in enger Gemeinschaft, soweit das möglich sei, zusammenarbeiten sollten.

Aber das solle nicht heißen, daß England alle separaten Handlungen Frankreichs billigen müsse, Handlungen, die den Weltfrieden in Gefahr bringen könnten. Im Gegenteil, gerade aus seiner innigen und ehrlichen Freundschaft für Frankreich heraus verlange er heute von der Regierung, daß sie Maßnahmen ergreife, die Frankreich vor dem Zusammenbruch retten sollten.

Lloyd George führte weiter aus: „Die englische Freundschaft für Frankreich und seine Bevölkerung ist nach wie vor vorhanden. Die französische Aktion hat sich als eine falsche Rechnung erwiesen. Frankreich wird das selber früher oder später einsehen. Die französische Politik ist auf falschem Wege. England konnte sich unmöglich dieser Operation anschließen und die einzige Haltung, die es einnehmen konnte, war die, die unsere Regierung tatsächlich eingenommen hat, ohne gleichzeitig die guten Beziehungen zu Frankreich zu gefährden. Es fällt mir jedoch schwer, zu glauben, daß Frankreich bei der Besetzung der Ruhr einzig und allein den Gedanken hatte, sich bezahlt zu machen, denn die Bezahlung der Reparation wird dadurch nicht erreicht. Ich glaube im Gegenteil, daß Frankreich andere Absichten verfolgt. Es ist gegenwärtig die politische Aussicht meiner Ansicht nach, und das ist sehr zu bedauern.

Frankreich kann natürlich Deutschland den Hals zuschnüren. Wer aber glaubt, daß diese Politik irgendwelche positiven Resultate zeitigen wird, irrt sich gewaltig. Wenn in Deutschland Unruhen ausbrechen würden, so wäre dies eine größere Gefahr für England und Frankreich als für Deutschland selbst. Es wäre die größte Gefahr für Europa. England hatte vorgeschlagen, daß Frankreich mit Deutschland sich einigen soll. Frankreich hat dies aber abgelehnt. Dessen ungeachtet würde natürlich England an Frankreichs Seite stehen, wenn Deutschland es mit Waffengewalt angreifen würde. Die Ruhraktion hat den nationalistischen Revanchegeist in Deutschland, der seit vier Jahren schlummerte, erneut wachgerufen. Was soll geschehen? Dieser Nationalismus ist seit dem Waffenstillstand zu Boden gedrückt worden. Frankreich hat sich selbst geschadet. Es wird sehr schwer sein, diesen Geist jetzt niederzuhalten.

Lloyd George erklärte zum Schluß nochmals, wir sind ehrliche Freunde Frankreichs und werden unser möglichstes tun, Frankreich die Gefahr klar vor Augen zu halten, bevor es zu spät ist. Fünf Wochen sind seit der Ruhrbesetzung vergangen, und wozu haben sie geführt? Man dachte, Amerika würde eingreifen. Die einzige Hilfe, die uns kommen könnte, wäre von Amerika, und wir müssen Hilfe von Amerika bekommen, Amerika hat den größten Goldbestand der Welt. Unter den Folgen dieser Tatsache muß Europa leiden. Amerika müßte eingreifen und die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich klären. Amerika kann die Schwierigkeiten Frankreichs aus der Entfernung nicht richtig beurteilen. Was uns anbetrifft, müssen wir mit dem Zustand des deutschen Volkes Mitleid haben und der deutschen Nation unsere Hilfe nicht versagen.

*

Vor Eintritt in die Debatte wurde Bonar Law um Abgabe einer Erklärung über die kürzlichen Verhandlungen zwischen England und Frankreich ersucht. Bonar Law lehnte eine Mitteilung ab und sagte nur: Wir haben der französischen Regierung gewisse Vorschläge gemacht, aber ihre Antwort noch nicht erhalten, und ziehen es, solange diese Antwort nicht eingetroffen ist, vor, die Angelegenheit nicht zu erörtern.

Die Kosten der Ruhraktion.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 19. Februar.

Der Finanzminister wird morgen vormittag dem Ministerrat den Entwurf über die Kredite für die Ruhrbesetzung vorlegen. Den Abendblättern zufolge sieht die Vorlage drei Kategorien von Ausgaben vor. Die Kosten der Zivilkommissionen für Finanzfragen, Zollfragen und Industriefragen werden für das Jahr 1923 auf 5 Millionen Fr. veranschlagt. Dieser Betrag soll in das Budget der aus dem Friedensvertrag zu deckenden Ausgaben eingestellt werden. Für die Kosten der militärischen Besetzung werden für Januar und Februar 50 Mill. Fr. gefordert mit dem Bemerken, Frankreich habe im Ruhrgebiet 7 Divisionen, deren Unterhalt in Frankreich 15 Mill. Fr. gekostet hätte, so daß die Mehrkosten für die beiden ersten Monaten des Jahres sich in Wirklichkeit auf „nur" 35 Mill. Fr. belaufen. Die militärischen Kosten für die nächsten Monate sollen unter die aus dem Friedensvertrag zu deckenden Ausgaben eingestellt werden. Frankreich betrachte sie als einen „Teil der Besatzungskosten", die mit Vorrang aus den deutschen Zahlungen zu bestreiten sind! Die dritte Kategorie von Krediten umfaßt die Ausgaben zur Organisierung und zum Betrieb der deutschen Eisenbahnlinien.

*

Die französische Auffassung, daß die Kosten der Ruhrexpedition von Deutschland zu ersetzen seien, muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Deutschland hat lediglich für die Kosten der Besatzung aufzukommen, die sich im Rahmen des Friedensvertrages hält; der Einfall ins Ruhrgebiet ist aber unter Bruch des Versailler Vertrages und des Völkerrechts erfolgt und von Frankreich, wie in jeder anderen Hinsicht, so auch finanziell allein zu verantworten. Im übrigen werden ja wohl auch die Alliierten gegen die französische These Einspruch erheben; denn wenn die Ruhraktion ihre Aussichten auf Reparation durch die Schwächung der deutschen Leistungsfähigkeit, die die unvermeidliche Wirkung dieses Feldzuges ist, ohnedies sehr gründlich einschränkt, so verkürzt die neue französische „Priorität" ihre Ansprüche noch weiter.

Die Kreditforderung des französischen Finanzministers gibt nur über die rein budgetären Unkosten des Ruhrabenteuers Auskunft. Seine Kosten für die französische Volkswirtschaft sind unvergleichlich größer. Zu dem unmittelbaren Verluste der sehr beträchtlichen Werte, die die von Deutschland eingestellten Reparationsleistungen darstellen, kommen schon jetzt die außerordentlich großen Einbußen, die sich aus der radikalen Einschränkung der Produktion und des Exports der französischen Hüttenwerke und der ganzen eisenverarbeitenden Industrie Frankreichs ergeben.

Polens Minderheiten.

Von

A. H. Zeis,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Warschau**, Mitte Februar.

Die Ermordung des Warschauer Metropoliten Georg Jarosewitsch durch den Cholmer Archimandriten Smaragd Lahyzenko ist in der Zeit von zwei Monaten der zweite politische Mord in Polen. Und dieser überragt vielleicht an Schrecklichkeit noch den Mord an dem Staatspräsidenten Narutowicz, wenn man bedenkt, daß hier ein Priester, ein Mann also, der geistiger Führer der Menge, Wächter über die höchsten moralischen und ethischen Güter der Menschheit sein will, die Mordwaffe gegen seinen obersten Kirchenherrn erhob. Welche dämonischen Kräfte müssen das Innere eines Staates durchwühlen und zerfressen, in dem sich Derartiges ereignen kann, welche ungeheuerlichen, unüberbrückbaren Gegensätze und Spannungen müssen, jeden gesunden Aufbau verhindernd, in diesem Staat zwischen Personen und Parteien bestehen!

Seit seinem Bestehen versucht der polnische Staat mit Hilfe der Kirche die fremden Nationalitäten, die von den Grenzen Polens umschlossen werden, zu durchdringen und zu polonisieren. Hierhin gehören die Versuche, die evangelische Kirche Polens mit Hilfe des Lodzer Superintendenten Bursze zu einem wirksamen Werkzeug gegen die deutschen Minderheiten zu machen. Und hierhin gehören auch die analogen Bestrebungen, die russischen und ukrainischen Minuritäten dadurch zu zerfesseln, daß sich der Staat mit Gewalt der höchsten Aemter der griechischen Kirche bemächtigt und dort Männer einsetzte, die seine gefügigen Werkzeuge waren. Die griechisch-orthodoxe und die unierte griechisch-katholische Kirche in Polen beherrschen heute noch insgesamt zehn Millionen Menschen, die hauptsächlich in den Bezirken Cholm, Wolhynien, Weißrußland, Litauen und Ukraine siedeln. Der Hauptgrundsatz dieser Kirche und ihrer prominentesten, von der Masse der Gläubigen anerkannten Führer, des alten Erzbischofs Eleuterius von Wilna, des Erzbischofs Pantelemon von Nowogrodzk, des Bischofs Sergius von Cholm und des Bischofs Wladimir von Grodno war absolute Unabhängigkeit der griechischen Kirche vom Staat und das Festhalten an den alten Traditionen. So wurde auch der Gottesdienst in russischer Sprache abgehalten, und der Moskauer Patriarch Tichon galt als oberster Kirchenherr. Der polnische Staat erzwang neuerdings die Einsetzung eines besonderen Oberhauptes der griechischen Kirche in Polen, das dann unter dem Schutz der Regierung mit den Traditionen aus russischer Zeit gehörig aufräumen und durch Einführung der polnischen Sprache in den Gottesdienst eine langsame Polonisierung der noch fast rein russischen Gebiete fördern sollte.

In dem Warschauer Metropoliten Georg, der früher Bischof in Kaluga, dann Rektor der Priesterakademie in Petersburg und Erzbischof von Minsk gewesen und der dann von dem Patriarchen Tichon selbst zum Metropoliten der Hauptstadt Warschau eingesetzt worden war, fand sie für diese Ziele ein willfähriges Werkzeug. Der Metropolit Georg setzte sich, unterstützt von der polnischen Regierung, selbst zum Metropoliten für ganz Polen ein und berief eine Synode, die nach den bestehenden Kirchengesetzen dann beschlußfähig war, wenn zwei Erzbischöfe und ein Bischof zugegen waren. Der Metropolit hatte bei seinem Angriff auf die Selbständigkeit der griechischen Kirche zwei Helfer, den Bischof Dionys von Wolhynien und den Bischof Alexander von Pinsk. Dieser letztgenannte Kirchenfürst ist von etwas undurchsichtiger Herkunft. Er ist nämlich ein kaum fünfunddreißig Jahre alter Mann, kämpfte früher als Offizier in der berüchtigten polnischen Freiwilligenarmee Balachowicz gegen Sowjetrußland und hat seine priesterlichen Gaben erst nach dem Zusammenbruch dieser Armee entdeckt. Mit ihm und dem schnell vom Metropoliten zum Erzbischof ernannten Bischof Dionys bildete der Metropolit Georg die Synode, die die Trennung der griechischen Kirche Polens und ihren Anschluß an die griechische Kirche Rumäniens beschloß, den Metropoliten Georg zum Oberhaupt dieser Kirche machte, und die dann daran ging, gestützt auf die polnische Regierung, alle die Kirchenmänner systematisch zu entfernen, die dem Bestreben, die griechische Kirche zu polonisieren, im Wege standen, oder Widerstand leisteten. Erzbischof Eleuterius von Wilna wurde zuerst in einem Kloster nahe bei Krakau interniert, dann später nach Litauen ausgewiesen (er lebt jetzt in Berlin), Bischof Sergius von Cholm wurde ausgewiesen (er lebt jetzt in Prag), Erzbischof Pantelemon von Nowogrodzk wurde im Kloster Dubno und Bischof Wladimir von Grodno wurde in einem anderen galizischen Kloster interniert. Aber die Absetzung, Ausweisung und Internierung dieser Kirchenfürsten führte noch lange nicht zu dem gewünschten Ziel. Der Wiederstand der unteren Geistlichkeit war allgemein, und man mußte weiter auf dem gefährlichen Wege der Gewalt gehen, weiter ausweisen, internieren und absetzen, bis jetzt ein Priester, der gleichfalls als renitent aus-